

14.09.2016

Postulat

Fraktion AL

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Ergänzung der Massnahmen-Liste im Programm Wohnen mit einem Auftrag an das Amt für Städtebau (AfS) zu prüfen. Bei Planungsvorhaben, die zur Verdichtung und zum Abbruch von bestehendem preisgünstigen Wohnraum führen, soll mit den Grundeigentümern geprüft werden, wie bei der Realisierung der baulichen Massnahmen die Anzahl preisgünstiger Wohnungen erhalten werden kann.

Begründung:

Mit dem Gestaltungsplan Überlandstrasse hat das Amt für Städtebau (AfS) dem Gemeinderat eine Planung zur Beschlussfassung unterbreitet, die zu einer kompletten Erneuerung des Wohnungsbestandes führt. Mit den Grundeigentümern ist nicht über den bei der Planung von Ersatzneubauten angestrebten Wohnungsmix, das Preisniveau der neuen Wohnungen und die Möglichkeit, einen Teil der bestehende Bauten zu erhalten, diskutiert worden.

Auf die Frage, warum das AFS mit den mehrheitlich gemeinnützigen Grundeigentümern nicht über die Möglichkeit diskutiert habe, bei ihren Projekten die heute bestehenden Angebote an sehr preiswerten Wohnungen zu erhalten, ist darauf verwiesen worden, dass kein entsprechender Auftrag an das AFS im Programm Wohnen enthalten sei.

Bei Verdichtungsprozessen kann das Angebot an preisgünstigem Wohnraum für die von Verdrängung bedrohten Haushalte nur erhalten bzw. ausgebaut werden, wenn im Planungsprozess die Potentiale frühzeitig mit den Grundeigentümern diskutiert und nach Möglichkeit auch umgesetzt werden. Ein entsprechender Auftrag an das Amt für Städtebau ist deshalb in das Programm Wohnen aufzunehmen.

A. Kistler